

Rede Erich Mahnwache am 1. 9. 2023

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall der Nazi-Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg, den die Herrschenden des Dritten Reichs als rücksichtslosen Raubkrieg führten. Die deutsche Kriegsmaschine brachte zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert unvorstellbares Leid über Abermillionen Menschen. Allein in der Sowjetunion fielen der faschistischen Aggression rund 27 Millionen Menschen, davon 14 Millionen Zivilisten, zum Opfer – die Nazis gewährten den angeblichen „slawischen Untermenschen“ allenfalls die zynische Gnade der „Vernichtung durch Arbeit“. Insgesamt kostete der Zweite Weltkrieg über 70 Millionen Menschen das Leben, darunter 20 Millionen in China.

Auch Hanau wurde als Standort von Rüstungsindustrie, Zyklon-B-Produktion für den Holocaust und Militäreinrichtungen schwer getroffen – allein in der Bombennacht des 19. März 1945 starben über 2000 BürgerInnen bei der Vernichtung der Innenstadt.

Seit 1957 wird in der Bundesrepublik der Antikriegstag von Gewerkschaften und Friedensbewegung als Tag der Mahnung veranstaltet unter der zentralen Forderung: **Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!** Auf diese Tradition des Friedenswillens wollen wir von der Hanauer Friedensplattform heute mit dieser Mahnwache hinweisen – eine größere Veranstaltung zum Antikriegstag mit Kulturbeitrag wird das Hanauer „*Bündnis für Frieden und soziale Gerechtigkeit*“ in genau einer Woche, am 8. September, an dieser Stelle durchführen, Einladungsflyer sind hier zu haben. Das im Herbst 2022 gegründete Bündnis wird im wesentlichen getragen vom hiesigen DGB, von IG Metall und ver.di, der türkischen Arbeiter-Organisation DIDF und ihrer Jugend, der VVN-BdA und der Friedensplattform.

Aktuell wüten rund 20 Kriege und Bürgerkriege auf dem Planeten. Obwohl einzelne dieser oft vergessenen Waffengänge – wie der Jemenkrieg – ähnlich viele oder sogar mehr Opfer gefordert haben als der Ukrainekrieg, wird sich mein Einführungsbeitrag auf den aktuell global gefährlichsten Krieg, den Konflikt an der russischen Westgrenze, konzentrieren. Dabei können allein schon aus Zeitgründen nur wenige Punkte des Ukrainekriegs und seiner mindestens seit dem Maidan-Putsch von 2014 konfliktrelevanten Vorgeschichte gestreift werden. Hauptsächlich wird es um das Eskalationspotential dieses Konflikts gehen.

Gefährlich ist der Stellvertreterkrieg in der Ukraine, weil er in sich die Möglichkeit birgt, eine **Kettenreaktion hin zum Dritten Weltkrieg** auszulösen – auch wenn die beteiligten Großmächte dies erklärtermaßen ausschließen wollen. Bedenklich ist, dass die Bundesregierung inzwischen bereit ist, der ukrainischen Regierung Waffen mit einem erheblichen Eskalationspotential zu liefern, das selbst Washington oder London ablehnen. Mit Schutzhelmen ist Berlin eingestiegen und jetzt bei Taurus-Marschflugkörpern angekommen, die mit 500 km ungedrosselter Reichweite Moskau erreichen könnten. Entsprechend harsch waren manche Reaktionen aus der zweiten Kreml-Reihe, über die unsere Mainstream-Medien lieber schweigen.

Betrachten wir das Worst-Case-Szenario: Was ist, wenn Kiew – wie bei seinen jahrelangen Verstößen gegen das Waffenstillstandsabkommen von Minsk - auch in diesem Fall Zusage nicht einhält? Die Taurus-Raketen könnten schlimmstenfalls, sofern sie im atomar sanktuarisierten Territorium Russlands einschlagen, einen nuklearen Gegenschlag des russischen Militärs auslösen. Eine solche Antwort würde übrigens vermutlich in Übereinstimmung mit der Moskauer Nukleardoktrin erfolgen, die - anders als ihr US-Pendant – Atomwaffeneinsätze nur bei einer existenziellen Gefährdung des russischen Staates zulässt.

Mit einer derart extremen Eskalation würde nicht nur die Zukunft der Ukraine aufs Spiel gesetzt.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres warnte mit Blick auf den Ukrainekrieg bereits vor einem Jahr, dass sich die Welt in einer „*Zeit der nuklearen Gefahr befindet, die es seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht mehr gegeben hat*“. Seitdem hat sich die Eskalationsspirale weitergedreht – trotz der ernsthaften Versuche von großen Staaten des „globalen Südens“ und anderer Länder, endlich einen Verhandlungsprozess auf den Weg zu bringen. Die Volksrepublik China, Brasilien, afrikanische Staaten, Saudi-Arabien, die Türkei und andere – sie alle sind mit ihren Bemühungen gescheitert, einen Weg zu Gesprächen zu ebnet. Der „kollektive Westen“, also die Nato-Staaten unter Führung der USA plus Japan, Südkorea, Australien usw., versucht offenbar, **die eigentliche globale Zeitenwende** militärisch zu stoppen. Die reale Zeitenwende, damit ist hier der ökonomische Abstieg des Westens bei gleichzeitigem Aufstieg der großen Mächte des „globalen Südens“ gemeint. Ein Prozess, der gerade beginnt und sich bisher ohne grundlegende Infragestellung des kapitalistischen Weltsystems vollzieht. Wie sich diese Entwicklung auf die nach dem Kalten Krieg etablierten Herrschaftsstrukturen auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Offenkundig ist jedoch: der US-Dollar ist als Weltleit- und -reservewährung bereits angeschlagen. Die von Washington dirigierte Weltfinanzinstitutionen zeigen erste Schwächen, erste Alternativen aus der Werkstatt der BRICS-Staaten erscheinen am Horizont. Und Donald Trump sieht die USA schon auf dem Weg in „die Hölle“ eines Dritten-Welt-Landes.

Vom Abstieg wird auch die Exportnation Deutschland als bis vor kurzem noch viertstärkste Wirtschaft der Welt nicht verschont: der Kostenvorteil durch russische Discount-Energie ist perdu, der russische Markt ebenfalls, der bedeutende chinesische Markt entschwindet gerade, traditionelle Hochlohnindustrien werden vom Weltmarkt verdrängt, von neuen Technologien überholt usw. Das einflussreiche Wirtschaftsmagazin „Economist“ stufte Deutschland bereits vor Wochen wieder als „kranken Mann Europas“ ein, inzwischen spricht das auch hierzulande herum ...

Zurück zu friedenspolitischen Fragen und zurück zu einem bemerkenswerten Detail des Ukrainekriegs: Aus friedenspolitischer Sicht nicht vergessen werden sollte *das Schicksal der geheimen Waffenstillstandsverhandlungen* zwischen der Ukraine und Russland im März 2022 in Istanbul, die nur wenige Wochen nach dem völkerrechtswidrigen russischen Einmarsch vor einem unterschriftsreifen Kompromiss standen. Die Gespräche in Istanbul wurden vom Westen, insbesondere Großbritannien, zum Scheitern gebracht. Wolodymyr Selenskyi war damals offenbar bereit, über eine noch zu konkretisierende Form einer „Neutralität“ der Ukraine – dem Hauptanliegen Moskaus – zu verhandeln. Es war insbesondere der damalige britische Premier Boris Johnson, der Selenskyi zum Abbruch der Verhandlungen drängte – mit der Drohung, andernfalls werde man Kiew nicht mehr unterstützen. Putin hat das glücklose Papier beim jüngsten Wirtschaftsgipfel in St. Petersburg der internationalen Öffentlichkeit präsentiert.

Jacques Baud, Schweizer Geheimdienstveteran, OSZE-Berater und Nato-Analyst, hat in seinem neuen Buch auch auf einen offenkundigen Mangel an strategischem Denken in

europäischen Nato-Staaten hingewiesen: je näher die Nato mit ihren atomar nutzbaren Raketenbasen an die russische Grenze heranrückt, desto stärker sind auch die (ost-)europäischen Nato-Mitglieder von nuklearer Vernichtung bedroht. Denn die Vorwarnzeiten hinsichtlich eines russischen Gegenschlags verkürzen sich natürlich auch für sie – gerade beim Einsatz von Hyperschallraketen – auf wenige Minuten. Zudem hätte die russische Militärführung nur Augenblicke, um zu entscheiden, ob es sich bei einer Anflugmeldung um einen Fehllarm wie im September 1983, eine geringfügige Aktion oder tatsächlich um einen ernstesten Angriff handelt. Die Nato beraube sich daher mit der angestrebten Ausdehnung bis an die russische Westgrenze selbst der Möglichkeit einer Deeskalation in letzter Minute, argumentiert Baud. Es ist die Logik des Atomzeitalters, die von diversen PolitikerInnen und vielen Redaktionen offenbar nicht verstanden wird, so dass sich führende westliche Militärs in der Rolle der rationalen Warner wiederfinden.

Das Eskalationspotential des Ukrainekriegs ist ein Beispiel dafür, dass die Friedensbewegung übereinstimmend mit den „Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) feststellen muss, dass die bisherigen internationalen Bemühungen um die Kontrolle von Atomwaffen nicht ausreichen, um die Menschheit vor der Gefahr eines Atomkrieges durch Absicht, Irrtum oder politische Fehler zu schützen.

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV) von 1970 verpflichtet zwar jede der 190 Unterzeichnerstaaten, „...*Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zur baldigen Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung (...)* fortzusetzen“, wie die Überprüfungskonferenz von 2005 bekräftigte. Doch dieser Auftrag wurde erneut verschleppt, und die letzte NVV-Überprüfungskonferenz 2022 endete fatal – ohne Vereinbarung. Auch die einseitige Kündigung wichtiger Rüstungsbegrenzungs- und -kontrollverträge durch die USA in den vergangenen Jahren hat die Weltkriegsgefahr nicht gerade verringert. Ein ähnliches Bild beim UN-Atomwaffenverbotsvertrag, der seit 2021 von über 90 Staaten unterzeichnet und von 68 ratifiziert wurde: Unter den Unterzeichnern findet sich kein Atomwaffen- und kein Nato-Staat.

Jeffrey D. Sachs, Professor an der Columbia University (USA), schließt seinen Leitartikel in der aktuellen *Zeitung gegen den Krieg*, die hier zu haben ist, mit einem illusionslosen Satz der Hoffnung: „Wenn die Öffentlichkeit die Wahrheit kennt und ihr Mitspracherecht wahrnimmt, wird die Ukraine endlich die Neutralität akzeptieren, die Nato wird zugeben, dass die lange geplante Erweiterung um die Ukraine beendet ist, und der sinnlose und völlig vermeidbare Krieg wird endlich am Verhandlungstisch beendet werden.“

Zusammen mit wichtigen Strömungen der Friedensbewegung fordern wir:

- Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine – immer neue Waffen verlängern nur den Krieg und drehen die Eskalationsspirale weiter.
- Keine Lieferung von geächteten Streubomben und Uranmunition sowie von Taurus-Marschflugkörpern und atomwaffenfähigen F16-Kampfbombern an Kiew.
- Wirtschaftskrieg gegen Russland beenden. Er kommt im Bumerangmodus zu uns zurück.

- Politische Initiativen für einen sofortigen Waffenstillstand im Ukraine Konflikt ohne Vorbedingungen.
- Friedensverhandlungen für eine dauerhafte Friedensordnung, die die Sicherheitsinteressen aller beteiligter Staaten völkerrechtskonform berücksichtigt.
- Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages.
- Finanzierung sozialer Aufgaben wie Kindergrundsicherung, Rentengarantie, Sicherung des öffentlichen Gesundheits- und Bildungssektors – statt Mittelverschwendung für Hochrüstung und Ausbau der Bundeswehr. Entsprechende Umwidmung des 100-Milliarden-Pakets. Abrüsten statt Aufrüsten!